

Ab 2018 neue Räume für vier Schulen

USTER. Der Kantonsrat sprach am Montag beinahe länger über Parkplätze, eine Wärmepumpe und eine Photovoltaikanlage als über die neue Kantonsschule Uster selbst. Diese soll 2018 bezugsbereit sein.

ANNA E. GUHL

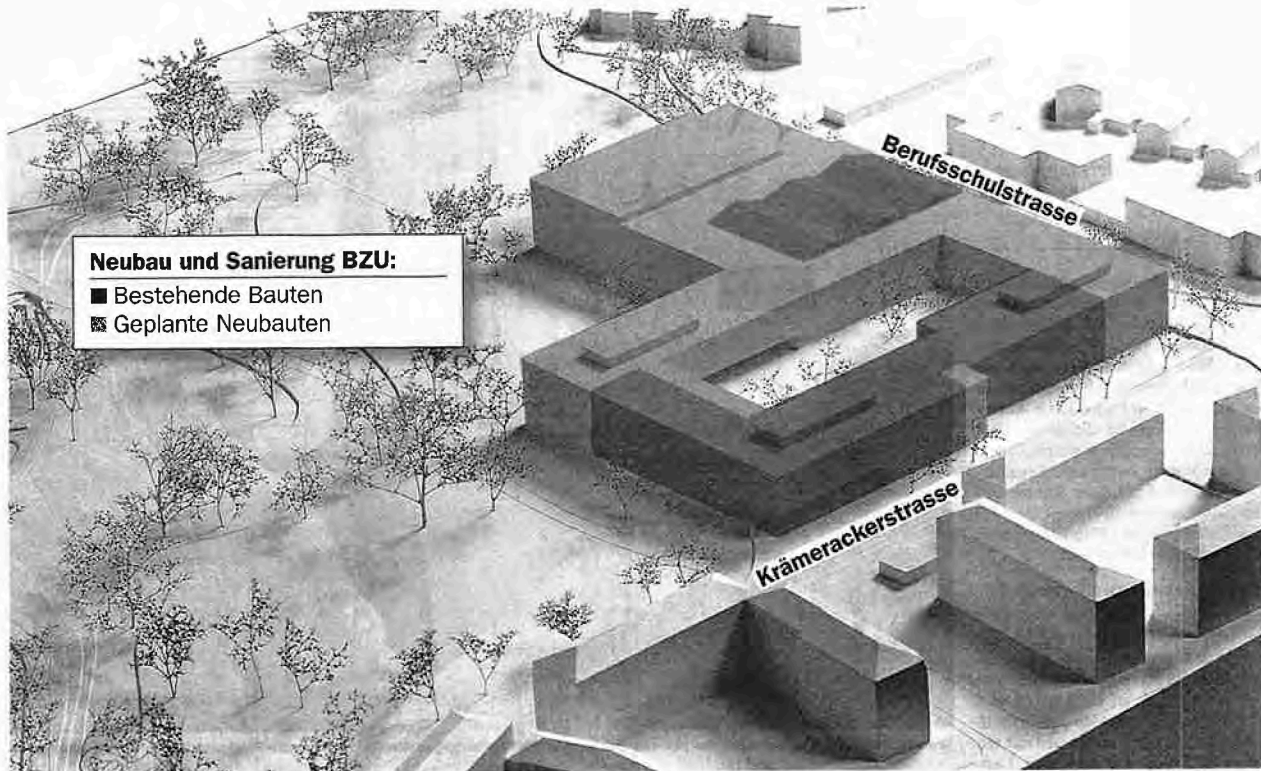
Bis Ende des Jahrzehnts wird die Kantonsschule Uster den Steuerzahler mit gegen 130 Millionen Franken belasten. Für dieses Geld – Investitionen in die Jugend und in die Bildung – wird ein neues Schulhaus gebaut. Dieses soll 73,7 Millionen kosten. Für weitere rund 51 Millionen werden die bestehenden Schulgebäude saniert, und die Provisorien, in denen der Unterricht während der Bauzeit stattfindet, kosten rund 11 Millionen Franken. Zu entscheiden hatte der Kantonsrat gestern Montagmorgen aber nur über den Neubau. Die übrigen Kosten kann der Regierungsrat selber bewilligen, weil es sich um sogenannte gebundene Ausgaben handelt, um solche also, die ohnehin anfallen und bei denen es keinen Handlungsspielraum gibt.

Die Vorgeschichte der Kantonsschule Uster ist über 40 Jahre lang. Der Grundsatzbeschluss des Kantonsrats, als Ersatz für die Kantonsschule Glattal eine neue Kantonsschule in Uster zu errichten, ist ebenfalls schon neun Jahre alt. Jetzt aber soll es schnell gehen: Der Zeitplan sieht vor, dass die Bauarbeiten im Mai 2015 beginnen und ab August 2018 in den neuen Räumlichkeiten unterrichtet wird.

Uster erhält indessen nicht einfach ein Gebäude für die Kantonsschule (Kus), sondern ein Bildungszentrum, wo vier Schulen Synergien nutzen können: neben der Kus die Gewerblich-Industrielle Berufsschule Uster (Gibu), die Wirtschaftsschule KV Uster und die Höhere Fachschule Uster (HFU). Die Räume für die Informationstechnologie, für die Naturwissenschaften, die Aula, die Mediothek und die Sporthallen werden gemeinsam genutzt. Die HFU benutzt die Räume der übrigen Schulen am Abend und jeweils am Samstag.

Ein Meilenstein

Der Kantonsrat stimmte der Vorlage mit 165 zu 0 Stimmen bei zwei Enthaltungen zu und war des Lobes voll. In die Debatte griffen vor allem Räte aus der Region ein. Sabine Wettstein (FDP, Uster) sprach für ihre Fraktion von einem Meilenstein. Die definitive Kan-



Neubau und Sanierung BZU:

- Bestehende Bauten
- ▣ Geplante Neubauten

Die neue Kantonsschule Uster im Modell: Die Containersiedlung, in der bis 2018 unterrichtet wird, liegt links neben dem Neubau an der Krämerackerstrasse. Bild: zvg

tonsschule Uster stehe am richtigen Ort im Zürcher Oberland, meinte die Ustermer Stadträtin und Präsidentin der Gibu-Schulkommission, und fügte mit Blick auf weitere Mittelschulen an: «Ich wünsche mir für keinen weiteren Standort eine 40-jährige Geschichte, auch wenn wir alle wissen, dass die Mühlen des Kantons etwas länger mahlen.»

Mit Anita Borer (SVP, Uster) sprach sich eine ehemalige Dübendorfer Kanti-Schülerin dafür aus, dem Projekt keine weiteren Steine in den Weg zu legen. Aber sie monierte den hohen Anteil an gebundenen Ausgaben, die zustande gekommen seien, weil zu viel auf das Erscheinungsbild der Schule und zu wenig auf den Zweck fokussiert worden sei.

«Geduld bringt eine Kantonsschule nach Uster», jubelte Karin Maeder-Zuberbühler (SP/Rüti), «zum Glück erlebe ich das noch als Kantonsrätin.» Mit dem Hinweis, die Region boome und wachse, stimmte Andreas Erdin (GLP, Wetzikon) in den Jubel mit ein: «Heute ist ein Freudentag für die Bil-

dung und das Zürcher Oberland.» Das fand mit Benno Scherrer Moser (GLP, Uster) auch ein vom Projekt betroffener Lehrer. Er sprach von Bekenntnissen: zur gymnasialen Bildung, zur Berufsbildung, zum lebenslangen Lernen und zum Standort Uster. Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil) verband seine «überzeugte» Zustimmung mit dem Wunsch, dass der Bezirk Horgen, der ebenfalls eine Kantonsschule brauche, nicht zehn Jahre darauf warten müsse.

Photovoltaik inklusive

Die Kommission für Bildung und Kultur hatte die Vorlage des Regierungsrats ergänzt: Für 900'000 Franken sollte auf dem Schulhausdach eine Photovoltaikanlage installiert werden, und die provisorischen Schulräume sollten für 500'000 Franken mit einer Wärmepumpenheizung statt einer Elektrowiderstandsheizung ausgestattet werden. Ausserdem wollten Vertreter der Grünen die Anzahl Parkplätze in der Tiefgarage von 170 auf 110 senken. Die Anträge gaben im Rat länger zu reden als das Bauvorhaben selbst. Während

schliesslich die Photovoltaik und die Wärmepumpe Zustimmung fanden, verzichtete der Rat auf die Reduktion der Parkplätze.

Res Marti (GP, Zürich) machte sich für die Wärmepumpe und die Photovoltaikanlage stark. Elektrowiderstandsheizungen seien ohnehin verboten, behauptete er. Dem widersprach Rochus Burtscher (SVP, Dietikon). Für Provisorien gelte das Verbot nicht. Marti fuhr fort, Solaranlagen entsprächen dem politischen Willen des Rats. Die Schule solle diese selber bauen und betreiben, damit sie auch zu Unterrichtszwecken genutzt werden könne.

Eine Wärmepumpe sei eine Selbstverständlichkeit, «sollte man eigentlich meinen», schob Erdin (GLP, Wetzikon) nach. Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf) hielt Photovoltaik und Wärmepumpe ebenfalls für sinnvoll, während die SVP-Fraktion beides ablehnte.

Die Parkplätze unter der Turnhalle seien wichtig, unterstrich Borer (SVP, Uster), einerseits für die Kursbesucher am Abend, andererseits zur Entlastung des Quartiers von Suchverkehr. Für ein-

mal war damit sogar die SP-Fraktion einverstanden. «170 Parkplätze sind das absolute Minimum», fand Karin Maeder-Zuberbühler. Auch die FDP wollte von weniger Parkplätzen nichts wissen, ebenso wenig die GLP-Fraktion. Ohne die Parkplätze sei das Projekt nicht bewilligungsfähig, so Erdin. Dagegen gab Ornella Ferro (GP, Uster) zu bedenken, in Uster gebe es ohnehin unterbelegte Parkplätze. Sie setzte sich mit einer Vehemenz für die Reduktion ein.

«Wichtigeres als Parkplätze

«Es gibt Wichtigeres auf der Welt als Parkplätze», meinte Walter Schoch (EVP, Bauma) fast schon philosophisch. Aber diejenigen in Uster seien nötig. Studierende, die zu 100 Prozent berufstätig seien und gleich nach der Arbeit manchmal aus dem Glarnerland oder aus dem Thurgau nach Uster kämen, wollten nach vier Stunden Unterricht nicht noch zwei Stunden mit dem öffentlichen Verkehr nach Hause fahren. «Wer die Parkplätze ablehnt, ist nicht ganz bei Trost», schloss Schoch unter Protest der Grünen.